

Haushaltsdebatte 11/12/2017 – Ausschuss I **Lydia Klinkenberg (ProDG-Fraktion)**

Herr Ministerpräsident,

Sie haben bekräftigt, dass unsere Gemeinschaft das finanzpolitische Ziel, den Haushalt 2018 und der Folgejahre ins Gleichgewicht zu bringen, aufgrund einer strengen Haushaltsdisziplin einhalten wird - im Gegensatz zu den anderen belgischen Gliedstaaten. Um böse Überraschungen zu vermeiden, geht unsere Finanzsimulation daher von sehr geringen Wachstumsraten aus, denn wer weiß schon, wie die makroökonomische Lage in Belgien in einigen Monaten und Jahren aussehen wird.

Infrastruktur und SEC:

Eine enorme Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang die Erfüllung der europäischen Normen dar, die mit Risiken für das Haushaltsergebnis der deutschsprachigen Gemeinschaft verbunden sind, so zum Beispiel mit Blick auf die Anwendung belgischer Haushaltsgesetzgebung und die Vorgaben des Instituts Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (IVG (ICN)) in Kombination mit der Auslegung der ESVG (SEC)-Normen durch Eurostat. Wie beim PPP-Projekt muss aufgrund der unterschiedlichen Auslegung der Buchhaltungsnormen immer wieder mit Umbuchungen gerechnet werden. Nicht vergessen darf man in diesem Zusammenhang, dass aufgrund der gemeinsamen Konsolidierung von Gemeinschaft und Gemeinden künftig Investitionen in einer Gemeinde die Investitionskapazität aller anderen beeinflussen werden.

Eben aus diesem Grund wurden alle bestehenden Wartelisten für Infrastrukturprojekte abgebaut. Seit einigen Jahren investieren wir massiv in Schulbauten und Altenheime, in unsere beiden Krankenhäuser und Kinderbetreuungsmöglichkeiten, in Sozialeinrichtungen, Sportinfrastruktur und Kirchen. Außerdem werden für größere Infrastrukturprojekte Vorschüsse in Höhe von 90 % der zugesagten Zuschüsse auf der Grundlage einer Baugenehmigung ausgezahlt, wofür die Projektträger im Allgemeinen sehr dankbar sind, wie man immer wieder hört. Im letzten Jahr wurden so Vorschüsse in Höhe von ca. 20 Millionen EUR ausgezahlt.

Austeritätspolitik und der nationale Investitionspakt:

Es bleibt zu hoffen, dass die von Deutschland geförderte Austeritätspolitik in naher Zukunft überdacht wird. Denn die Kombination aus Spardiktat und Schuldenbremse könnte in Europa irgendwann zu einer Aushöhlung des Sozialstaates führen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht, wichtige öffentliche Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und Altenpflegeheime in Gefahr bringt und zudem negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben könnte.

Gleichzeitig ist es wünschenswert, dass der von Premierminister Michel angestrebte nationale Investitionspakt sich durchsetzt, damit auch in Zukunft große Investitionen in gemeinschaftliche Infrastrukturen in den Bereichen Mobilität, Innovation, Unterricht und Forschung, Gesundheit, Digitale Agenda, Sicherheit und Energie möglich bleiben. Der Premierminister wird die notwendigen Gespräche mit der EU-Kommission führen, um die Investitionen nach europäischen ESVG (SEC)-Buchhaltungsnormen zumindest teilweise als normneutral einzustufen.

Europäische Gelder:

Auf EU-Ebene haben in den letzten Monaten umfassende Vorbereitungen des neuen finanzpolitischen Rahmens für die nächste Förderperiode stattgefunden und lassen Mittel-Kürzungen ab 2020 befürchten. Wie wichtig Außenbeziehungen und die stattgefundenen Vor-Ort-Besuche von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Corina Cretu (Kommissarin für Regionalpolitik), und Marianne Thyssen (Kommissarin für Beschäftigung, Soziales und Integration) sind, wird in diesem Zusammenhang klar. So hat die Deutschsprachige Gemeinschaft für die laufende Förderperiode von 2014 bis 2020 ein eigenes Operationelles Programm erhalten, durch das 11 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds nach Ostbelgien fließen.

Hinzu kommt der gleiche Betrag als Ko-Finanzierung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, so dass insgesamt 22 Millionen Euro für integrative Projekte in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Soziales zur Verfügung stehen, von denen jährlich etwa 2.000 Menschen direkt oder indirekt profitieren. Darüber hinaus zahlt die EU im gleichen Zeitraum 232 Millionen Euro für grenzüberschreitende Projekte aus im Rahmen der Interreg-Programme der Euregio Maas-Rhein und der Großregion, an denen auch Ostbelgien mitwirkt.

Herausforderungen der EU:

Die EU und ihre künftig 27 Mitglieder stehen nicht nur finanzpolitisch vor großen Herausforderungen. In Zukunft wird es darum gehen, in Zeiten der Politikverdrossenheit, der EU-Kritik und des Populismus die soziale Dimension Europas zu stärken, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen und krisenresistenter zu gestalten, und globale Probleme - wie beispielsweise die Flüchtlingskrise und die Bekämpfung des Terrorismus - gemeinsam anzugehen.

„Europa ist eine Idee, die von Optimisten und Visionären angetrieben wurde und wird,“ sagte der neue französische Präsident Emmanuel Macron im September vor Studenten der Sorbonne-Universität in Paris. Europas Jugend müsse sich denjenigen widersetzen, die sie von Europa ablenken und wegführen wollen. Macron unterbreitete konkrete Ideen für ein Mehr an Europa: die Vertiefung der Verteidigungsunion, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, mit der die Entwicklungshilfe finanziert werden soll, und eine Harmonisierung der Steuerpolitik, um nur einige Ideen zu nennen, die ich größtenteils

befürworte. Derzeit sei die EU "zu langsam, zu schwach, zu ineffizient", sagte Macron. Denn nur ein starkes Europa kann sich den Herausforderungen einer globalisierten Welt stellen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion unterstützt ein starkes Europa. Und so möchten wir gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass auch die irgendwann in den nächsten Monaten zu erwartende neue deutsche Bundesregierung von ihrem rigiden Kurs abrückt und Frankreich die Hand reichen wird. Jean-Claude Juncker twitterte im Anschluss an Macrons pro-europäischen Appel an der Sorbonne – und damit möchte ich schließen - „L'Europe a besoin de courage“.